

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/66

4. April 1974

Keine Waffen mehr für Lissabon I

SPD berät das Portugal-Problem mit Bruderparteien

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

Seite 1 / 41 Zeilen

Strauß und das "Imperative Mandat"

CSU-Vorsitzender will Vollmachten wie ein "Zentralkomitee"

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Ein Modell gegen Parkinson

Wie Hessen die Personalflut eindämmt

Von Heribert Reitz MdL

Finanzminister des Bundeslandes Hessen

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Keine Waffen mehr für Lissabon I

SPD berät das Portugal-Problem mit Bruderparteien

Von Hans-Jürgen Wiachniewski MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

Mit dem stellv. portugiesischen Generalstabschef Antonio de Spinois und seinem Vorgesetzten, General Costa Gomes, sind die wichtigsten Befürworter einer radikalen Umkehr in der portugiesischen Afrikapolitik ihrer Ämter enthoben worden. Ob ihre Ersetzung durch die Alt-Salazaristen Joaquim Luz Cunha, vorher Oberbefehlshaber der portugiesischen Truppen in Angola, und Kaulza de Arriga, der nach dem Bekanntwerden des Massakers von Viriamu abgesetzt worden war, eine freie Entscheidung von Ministerpräsident Costano war oder ihm von der Mehrheit der Militärs aufgezwungen worden ist, bleibt für die Konsequenzen, die aus ihnen folgen, ohne Belang.

Was bedeuten die portugiesischen Entscheidungen? Portugal will seine Politik in Afrika nicht ändern, es will also den Kolonialkrieg gegen den erklärten Willen der Vereinten Nationen und im Gegensatz zur NATO-Präambel fortsetzen. Die Übergabe der militärischen Führung an Cunha und Arriga wird zwangsläufig zu einer Verschärfung des Kolonialkrieges und zum Verzicht auf jede politische Lösung führen.

Das bedeutet, daß Portugal nach diesen Entscheidungen in Lissabon für die NATO eine noch größere Belastung geworden ist als zuvor.

- Kolonialpolitik ist mit den Zielen der NATO nicht in Einklang zu bringen. Das für uns lebensnotwendige Atlantische Bündnis wird durch den portugiesischen Kolonialismus, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, diakreditiert.

- Die Konzentration der portugiesischen militärischen Anstrengungen auf die Erhaltung der Kolonien des Landes schwächt die NATO; trotzdem erwartet Lissabon einen nicht abbreißenden Fluß an Hilfeleistungen aus den NATO-Ländern.

Deshalb muß die NATO ihr Verhältnis zu Portugal überprüfen, und auch wir müssen Konsequenzen ziehen:

Wer jetzt noch Waffen an Portugal liefert, der handelt unverantwortlich und soll auch nicht den Versuch unternehmen, sich hinter sogenannten Endverbleibsklauseln zu verschansen, die doch nichts weiter als Augenwischerei sind.

Die SPD wird die veränderte Situation sobald wie möglich auch mit den anderen sozialdemokratischen Parteien in den übrigen NATO-Ländern beraten. Der Parteitagsbeschluss von Hannover hat dabei nun noch größere Bedeutung: "In ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus steht die SPD an der Seite der Staaten der Dritten Welt. Die Bundesregierung sollte deshalb in noch stärkerem Maße als bisher ihren Einfluß in Europa dahin geltend machen, daß die noch bestehenden kolonialistischen Positionen abgebaut werden und das Selbstbestimmungsrecht für die betroffenen Völker durchgesetzt wird. Der noch bestehende Kolonialismus ist eine schwere Belastung für das gesamte westliche Bündnis und mit seinen Prinzipien unvereinbar." (-/4.4.1974/ka/pr)

Strauß und das "Imperative Mandat"

CSU-Vorsitzender will Vollmachten wie ein "Zentralkomitee"

Der ständig sich wiederholende unmittelbare Eingriff des CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß in die Amtsgeschäfte der bayerischen Regierungen ist nicht zufällig. In einem Artikel des "Bayernkurier" vom 30. März 1974 wird der Anspruch des CSU-Landesvorsitzenden, als eine Art "Überministerpräsident" in Bayern zu fungieren, unterstrichen. Dazu wird der Versuch einer theoretischen Begründung gemacht. Sie läuft auf das absolute Primat der Partei hinaus, wie es in kommunistischen Staaten üblich ist. Amtliche und staatliche Positionen, so betont der "Bayernkurier", seien von der Partei insofern nicht zu trennen, "als die Inhaber diese Positionen durch die politischen Erfolge ihrer Partei und des Vorsitzenden dieser Partei zu allererst erlangt haben".

Im nächsten Gedankenschritt überträgt der "Bayernkurier" die gesamte Verantwortung von der Partei auf den Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß. Er trage, so der "Bayernkurier", nicht nur Verantwortung im Rahmen der Partei, "sondern durch den Auftrag der bayerischen Wähler für das Ganze". Daraus wird geschlossen: "Es wäre bequem, ja unpolitisch, wenn er (Strauß) neben dem Ganzen nicht auch das Detail sehe."

"Die Verantwortung eines Parteivorsitzenden", so irrt der "Bayernkurier" zum Schluß des Artikels, "hat nichts mit imperativem Mandat zu tun; hier liegt ein politologischer Irrtum vor. Wer die ureigenste Verantwortung eines Parteivorsitzenden damit verwechselt, hindert ihn daran, jenem Auftrag gerecht zu werden, den ihm Partei und Wähler gegeben haben".

Der Ausdruck "Imperatives Mandat" bedeutete zunächst, daß der Abgeordnete an den Auftrag seiner Wähler gebunden ist. In diesem Sinne wäre

zweifelloes nichts dagegen einzuwenden, sofern darunter verstanden wird, daß die Mandatsträger sich an die Voraussetzungen halten müssen, unter denen sie gewählt worden sind. Gegenwärtig wird jedoch unter dem Begriff "Imperatives Mandat" mehr und mehr verstanden, daß Abgeordnete, Stadträte, Bürgermeister und Regierungsmitglieder die Beschlüsse ihrer jeweiligen Parteipremien durchzuführen haben. Dieses "Imperative Mandat" wird von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachdrücklich abgelehnt.

Die schlimmste Form des "Imperativen Mandats" ist es, wenn sich ein Parteivorsitzender, unter Berufung auf den Wählerauftrag, die Weisungsbefugnis gegenüber allen "Inhabern amtlicher und staatlicher Positionen" anmaßt, soweit sie seiner Partei angehören. Die Durchsetzung dieses Anspruchs würde dazu führen, daß sich unsere parlamentarische Demokratie von den kommunistischen "Volksdemokratien" lediglich dadurch unterscheidet, daß es bei uns noch mehrere Parteien gibt. Bei der Mehrheitspartei würden dann nicht mehr das Parlament, die Regierung und der Ministerpräsident den Ton angeben, sondern der Parteivorsitzende; er würde damit die Macht eines "Zentralkomitees" ausüben.

Was der "Bayernkurier", zweifelloes im vollen Einverständnis mit Strauß, hier entwickelt, ist eine gefährliche autokratische Ideologie. Daß sie Strauß in die Praxis umzusetzen versucht, haben die Ergebnisse der letzten Monate in Bayern gezeigt. (sp/4.4.1974/ks/pr)

+ + +

Ein Modell gegen Parkinson

Wie Hessen die Personalflut eindämmt

Von Heribert Reitz MdL

Finanzminister des Bundeslandes Hessen

Personalentwicklung und Personalausgaben sind zu Schlüsselfragen jeder Haushaltspolitik geworden; denn jede Mark, die im Personaletat eingesetzt wird, fehlt für Reformen und Sozialinvestitionen, also für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Kindergärten, Wohnungen. Während im Hessen-Haushalt 1969 beispielsweise der Personalkostenanteil noch bei 38,1 vH. lag, ist er inzwischen für das Jahr 1974 auf 42,5 vH. angestiegen. Von einem Haushaltavolumen mit der Gesamtsumme von 11,7 Milliarden DM werden allein 4,8 Milliarden DM für Gehälter und Löhne der Staatsdiener ausgegeben. Legt man diese hohe Summe einmal auf die rund 5,6 Millionen Einwohner Hessens um, dann steuert im Durchschnitt jeder Hessen-Bürger allein für die staatlichen Personalauswendungen 863,30 DM je Jahr bei. Dies alles zeigt, daß es eine dringende Forderung ist, die Personalkosten-Lawine noch mehr in den Griff zu nehmen.

Hessen hat mit seinem jetzt vorgelegten Personalentwicklungsplan, der bis zum Jahre 1975 reicht, als erstes Bundesland wichtige Schrittmacherdienste geleistet. Zwar wird sich nach den Bedarfprognosen und Voraussetzungen die Zahl der gegenwärtig rund 130.000 Landesbediensteten noch um knapp 20.000 erhöhen. Doch wird die Kurve des Personalzuwachses in den nächsten elf Jahren deutlich flacher verlaufen, als in der Vergangenheit. Wenn in den Jahren 1961 bis 1974 ein Personalstellenzuwachs von 62.000 neuen Stellen - und damit eine Aufstockung um 91,8 vH. - zu registrieren

war, so wird es bis zum Jahre 1985 nur noch eine Stellenausweitung um 15,1 vH. geben.

Der Personalentwicklungsplan ist ein Leitfaden für die Aufstellung künftiger Landeshaushalte, aber auch ein Orientierungsrahmen für alle übrigen Entscheidungen, die auf dem Personalsektor zu treffen sind. Vor allem sind im Bereich des Kultusministers nicht unerhebliche Stellenverschiebungen notwendig. So soll beispielsweise der Personalbestand an den Schulen um rund 4.000 Stellen - das sind 8,7 vH. - ausgeweitet werden. Gleichzeitig wird jedoch der Stellenplan im Bereich von Universitäten und Hochschulen mit 4.400 Stellen um 19 vH. aufgestockt. In anderen Bereichen, in denen noch ein personeller Nachholbedarf besteht, wird ein gewisser Ausgleich versucht. So werden bis zum Jahre 1985 die Vollzugspolizei um 1.511 Stellen, die Steuerverwaltung um 3.800 Stellen und der Justizbereich um 1.260 Stellen aufgestockt. Für alle anderen Bereiche der Landesverwaltung ist der "Zuwachspielraum" außerordentlich gering. Er liegt bei ganzen 612 Stellen, das sind vier vH.

Bei allen Bemühungen, die Personalentwicklung in Grenzen zu halten, darf dieser Plan jedoch nicht einseitig unter Spargesichtspunkten betrachtet werden. Es geht auch um eine transparente Darstellung der gesamten Personalstruktur des Landes und darum, einmal aufzuzeigen, wo die Grenzen staatlicher Leistungskraft auf dem Personalsektor liegen. Er soll helfen, übertriebene Erwartungen einzelner Interessengruppen auf ein realisierbares Maß zurückzuführen und dazu beitragen, drohende Überkapazitäten in einzelnen Dienstleistungsbereichen rechtzeitig zu vermeiden. Der heftige Personalentwicklungsplan ist ein pragmatischer Versuch, das "Parkinsonsche Fieber auf Normaltemperatur herunterzudrücken".

(-/4.4.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller